

erhöhen. Dies bedeutet eine wesentliche Reform der Erwachsenenbildung [bisher diente sie in erster Linie dem Kampf gegen das Analphabetentum] und ist zugleich ein Mittel zur Anhebung der Arbeitsproduktivität und -effektivität. Die Bildung für Leute in beruflichen Positionen soll je nach den Bedingungen und Anforderungen planmäßig und schrittweise entwickelt werden, wobei die Bildung für die wichtigsten Positionen nach und nach standardisiert und systematisiert werden soll. In der Regel soll sie Politik und Ideologie, Berufsethik, Allgemeinwissen, Fachkenntnisse, praktische Fähigkeiten und Arbeitspraxis beinhalten. Für die Bildung von Leuten in beruflichen Positionen sind in erster Linie die Branchen zuständig, mit den zuständigen Behörden soll eine klare Arbeitsteilung und Kooperation bestehen. Die Methoden der Bildung für Berufstätige sollen flexibel und vielseitig sein; der Schwerpunkt soll auf Kurzfristigkeit, Freizeit und Selbststudium gelegt werden. [Diese Grundsätze sollen gewährleisten, daß der Arbeitsprozeß möglichst nicht beeinträchtigt wird.] Bei der Entwicklung der Erwachsenenbildung soll von den gegenwärtigen Bedingungen ausgegangen und sollen die vorhandenen Bildungs-, Wissenschafts- und Kultureinrichtungen genutzt werden. Die Behörden, örtlichen Stellen und Basiseinheiten sollen die notwendige Unterstützung geben.

4. Erlangung von Schulabschlüssen:

Neben der Verbesserung der beruflichen Qualifikation soll eine wichtige Aufgabe der Erwachsenenbildung sein, Erwachsenen planmäßig Bildungsgänge anzubieten, die denen regulärer Schulen entsprechen. Hier gibt es folgende Möglichkeiten:

- Allgemeinbildung entsprechend der Grund- und Sekundarschulbildung; sie ist die Voraussetzung für berufliche Fortbildung und muß gewissenhaft betrieben werden.
- Fachliche Sekundarschulbildung, um den Anteil von Fachleuten der oberen und mittleren Kategorie zu steigern. [Hier liegt ein Schwerpunkt der Berufsbildung; in vielen Betrieben ist der Anteil der Fachleute mit Hochschulabschluß um ein Vielfaches höher als derjenigen ohne.]
- Hochschulbildung: Hier soll der Schwerpunkt auf der Fachhochschulbildung liegen.
- Alphabetisierung von Jugendli-

chen und jüngeren Erwachsenen auf dem Lande: Sie bleibt nach wie vor eine wichtige Aufgabe der Erwachsenenbildung. Sie soll mit der Vermittlung der Grundschulbildung und der Vermittlung wissenschaftlich-technischer Kenntnisse gekoppelt werden.

Rundfunk- und Fernseh-Hochschulen und -Fachmittelschulen, die fast alle Gebiete abdecken und mit fortschrittlichen Methoden unterrichten, sollen in den Dienst der Erwachsenenbildung gestellt werden.

5. Genehmigung durch Erziehungsbehörden erforderlich:

Alle sozialen Kräfte werden aufgefordert, Erwachsenenbildungseinrichtungen zu fördern. Einrichtungen, die eine staatlich anerkannte fachliche Bildung auf Hoch- oder Sekundarschulebene anbieten, müssen sich an die geltenden staatlichen Bestimmungen halten und brauchen die Genehmigung der Erziehungsbehörden.

6. Aufsicht der Zentrale, Initiative bei den örtlichen Stellen:

Die Initiative beim Ausbau der Erwachsenenbildung soll bei den örtlichen Stellen und Betrieben liegen, während die zentralen Behörden die Leitung und Aufsicht übernehmen sollen.

Früher diente die Erwachsenenbildung in China hauptsächlich der Beseitigung des Analphabetentums. In China gibt es zwar noch etwa 230 Millionen Analphabeten oder halbe Analphabeten, aber zum überwiegenden Teil handelt es sich dabei um ältere Leute. Die Zahl der jüngeren Analphabeten unter 40 Jahre beträgt nach offiziellen Angaben 90 Millionen (XNA, 11.7.87), und diese leben hauptsächlich auf dem Lande. Ihr Anteil wird sich in den kommenden Jahren mit der schrittweisen Einführung der allgemeinen Schulpflicht zunehmend verringern. Insofern kann sich die Erwachsenenbildung künftig auf die in der Arbeitswelt dringend erforderliche bessere Qualifizierung der Berufstätigen auf allen Ebenen konzentrieren. Dabei kommt es sowohl auf die Anhebung des allgemeinen Bildungsniveaus als auch auf die Erweiterung der fachlichen Qualifikationen an. -st-

Außenwirtschaft

*(24)

Der Antrag der GATT-Mitgliedschaft tangiert Subventionsproblem

Die Volksrepublik China beantragte im Juli 1986, Mitglied des GATT zu werden. Das allgemeine Zoll- und Handelsabkommen (General Agreement on Tariffs and Trade) ist ein am 1.1.1948 in Kraft getretenes Abkommen zwischen heute 90 Ländern zur Hebung des Lebensstandards und zur Verwirklichung der Vollbeschäftigung in allen beteiligten Ländern durch Liberalisierung und Ausweitung des Welthandels auf der Basis der Meistbegünstigung und Nicht-Diskriminierung. Dem GATT gehören aus dem sozialistischen Lager die Länder Ungarn, Polen, Tschechoslowakei und Rumänien an.

Die zuständigen Stellen in der Volksrepublik befassen sich nun mit 300 Fragen, die ihnen von GATT-Mitgliedern gestellt worden sind. Es wird Aufklärung über die bestehenden Wirtschaftsmechanismen der Volksrepublik und mögliche Pläne, diese zu ändern, verlangt. Eine Forderung des GATT lautet, daß sich die Volksrepublik an die gültigen Regeln der kapitalistischen Weltmärkte und des Verbandes halten müsse. Das bedeutet, daß die Volksrepublik nicht länger subventionierte Produkte auf den Weltmärkten zu Billigpreisen loschlagen darf. Das GATT ist also dabei, das Handels- und Außenhandelssystem in der Volksrepublik unter die Lupe zu nehmen. China scheint bereit, die Aufforderung zu einem fairen Handel als Bedingungen zur Aufnahme in die Weltorganisation anzuerkennen.

Wie es in der englischsprachigen *China Daily* hieß, dürfte das mögliche Ende der Exportstützungen, das auch die Frage der Preisreform berührt, ein böses Erwachen für viele chinesische Unternehmen bringen. Produkte technologisch veralteter chinesischer Unternehmen können auf den Weltmärkten nämlich nur bestehen, weil erstens die Arbeitskräfte in China billig und zweitens die Rohstoffe vom Staat subventioniert werden.

Der Erfolg der chinesischen Exportgesellschaften wird bislang einzig an den eingenommenen Devisen

gemessen, nicht aber daran, was das verkaufte Produkt tatsächlich in der Herstellung kostet. Es ist immer noch so, daß Chinas staatliche Außenhandelsgesellschaften unter Herstellungskosten kaufen können. Auf diese Weise entstehen - volkswirtschaftlich gesehen - Verluste.

Das sei aber eigentlich eine Verschwendung von Staatsgeldern und eine Augenwischerei, so *China Daily*. Nicht eine Preisreform sei vonnöten, sondern eine Neuorganisation des gesamten Handels und der Ein- und Verkaufsorganisationen. Die jüngste Erfolgstatistik der Volksrepublik, nämlich stabile Devisenreserven und ein Ansteigen der Exporteinnahmen, bedeute keineswegs, daß die Industriebetriebe und die für sie exportierenden Handelsgesellschaften auch gewinnträchtig arbeiten.

Das bestehende System isoliert die einheimischen chinesischen Firmen von den internationalen Märkten. Chinas Export sei dadurch charakterisiert, daß exportiert werde, was produziert wird, und nicht, daß exportiert wird, was benötigt wird. (AWSJ, 24./25.7.87; HB, 25./26.7.87) -lou-

* (25)

Chinesischer Außenhandel in der 1.Hälfte 1987: Exporte stiegen an
Nach chinesischen Zollstatistiken erreichte das Exportvolumen in den ersten sechs Monaten des Jahres 1987 einen Wert von 16,63 Mrd.US\$. Dies stellt gegenüber den Exporten der Vergleichsperiode des Vorjahres einen Anstieg von 24,2% dar. Die Importe erreichten in der genannten Periode 18,64 Mrd.US\$, nahmen gegenüber der Vergleichsperiode um 6,2% ab. Mithin betrug das Handelsdefizit 2,01 Mrd.US\$, etwa nur ein Drittel des Defizits in Höhe von 6,4 Mrd.US\$ aus der 1.Hälfte des Jahres 1986.

Die folgende Tabelle gibt den Außenhandel der Volksrepublik mit ausgewählten Ländern wieder:

Wie üblich erzielte die Volksrepublik im Verkehr mit Hongkong und Macao einen Überschuß von 2,339 Mrd.US\$. Dies ist aber auf die Reexporte zurückzuführen. Im Verkehr mit den wichtigsten westlichen Industrieländern, einschließ-

Tabelle: AUSSENHANDEL DER VR CHINA MIT AUSGEWÄHLTEN LÄNDERN, 1.HÄLFTE 1987, IN MIO.US\$

	Export	Import	Saldo
Hongkong u. Macao	5859,8	3520,7	2339,1
Japan	2731,2	4513,9	-1782,7
Europ. Gemeinschaft	1714,3	3399,6	-1685,3
darunter:			
Bundesrepublik	529,5	1463,6	- 934,1
UdSSR	504,4	407,1	97,3
Kanada	202,0	515,3	- 313,3
USA	1439,3	1820,5	- 381,2
Australien	93,1	645,0	- 551,9

Quelle: XNA, 28.7.1987

lich Japan, mußte die Volksrepublik jedoch die üblichen Defizite hinnehmen.

Ein Sprecher des Zentralen Statistikamtes erklärte am 17.7.1987, daß die staatliche Devisenreserve auf 11 Mrd.US\$ gestiegen sei. (XNA, 17.7. u. 18.7.1987) -lou-

* (26)

Ausländische Investitionen in der ersten Hälfte 1987

In der ersten Hälfte des Jahres 1987 wurden 461 chinesisch-ausländische Equity Joint Ventures, 264 Contractual Joint Ventures und 13 Unternehmen im alleinigen Eigentum von Ausländern genehmigt. Dies geht aus vorläufigen Statistiken des Ministeriums für außenwirtschaftliche Beziehungen und Außenhandel hervor.

Dies bedeutet - nach der Zahl der Einheiten - einen Anstieg von 34,7% gegenüber der Vergleichsperiode des Vorjahres. Die Gesamtzahl der Joint Ventures beträgt nun 8.516. Das eingezahlte ausländische Investitionskapital in den ersten sechs Monaten 1987 beträgt 728 Mio.US\$, 36 Mio.US\$ mehr als in der Vergleichsperiode. Der Vertragswert der Direktinvestitionen sank hingegen von 1,428 Mrd.US\$ im ersten Halbjahr 1986 auf 1,088 Mrd.US\$ in der ersten Hälfte 1987.

Von den unterzeichneten Projekten stammen 611 aus Hongkong, 39 aus Japan und 34 aus den Vereinigten Staaten. Der gesamte Vertragswert der genehmigten Unternehmen mit Auslandskapital beträgt mehr als 17,1 Mrd.US\$, hinzugerechnet werden muß der Vertragswert in Höhe von 2,86 Mrd.US\$ für gemeinsame Projekte im Cffshore-Ölbereich. Gegen Ende Juni 1987 gab es insgesamt 513 exportorientierte Unternehmen und 205 Un-

ternehmen mit fortgeschrittener Technologie, die nach den Regelungen des Staatsrates zur Ermutigung ausländischer Investitionen genehmigt worden waren. Diese Unternehmen sind über 21 Provinzen, autonome Regionen und regierungsunmittelbare Städte verstreut, doch die meisten befinden sich in der Provinz Guangdong (einschließlich der Sonderwirtschaftszonen) mit insgesamt 236 Unternehmen, die 33,6% des Vertragswertes ausmachen. Es folgen die Provinz Gansu mit 80 Unternehmen, Shanghai mit 69 und die Provinz Fujian mit 56 Unternehmen.

Seit Beginn des Jahres 1987 sind die Wirtschaftsgesetze bzw. die Regeln zur Steuerung der ausländischen Investitionen ständig verbessert worden. Unter den genehmigten Projekten mit ausländischen Investitionsmitteln ist die Zahl der Projekte im Dienstleistungs- oder nicht-produktiven Bereich gesunken, während produktionsorientierte Projekte zugenommen haben. (XNA, 28.7.87) -lou-

* (27)

Einfuhrlicenzpflicht wird ausgeweitet

Die Volksrepublik China hat kürzlich eine Liste aller der Einfuhrlicenzpflicht unterliegenden Güterkategorien vorgelegt. Sie beinhaltet über 80 Positionen von Konsumgütern, Rohmaterialien und Produktionsausrüstungen und ist damit deutlich länger als die nur etwa 50 Warengruppen umfassende Liste des Vorjahres.

Während damals nur für weniger als 10 Sorten von Fertigungs- und Montagelinien Importlizenzen erforderlich waren, sind es jetzt 23. Auch die Einfuhr von Pflanzen und Tieren bzw. tierischen Produk-

ten für Verwendung in der traditionellen chinesischen Medizin unterliegen vermehrt (jetzt 22 Positionen) der Genehmigungspflicht. Bei Joint Ventures haben für gewisse Güter andere Regelungen Gültigkeit. Den Maßnahmen liegt allem Anschein nach die Absicht, die Importrechnung des Landes im laufenden Jahr um 8% gegenüber 1987 zurückzuschrauben, zugrunde. In Kreisen des Handels wird auch von Bemühungen des chinesischen Verwaltung, Unternehmen im Lande zum Kauf von in China gefertigten Erzeugnissen und Anlagen zu veranlassen, gesprochen.

Die von der chinesischen Zeitung *International Business* vorgelegte Liste lizenzpflichtiger Waren ist wie im Vorjahr nach Zuständigkeitsbereichen der Vergabe geordnet. Für eine Gruppe von Waren ist allein das Ministerium für außenwirtschaftliche Beziehungen und Außenhandel in Beijing die Genehmigungsbehörde. Für eine zweite Gruppe von Waren sind sowohl das Ministerium als die von ihm autorisierten Verwaltungszweige auf Provinzebene zuständig. (NfA, 24.7.87) -lou-

*(28)

Französischer Staatskredit für die Volksrepublik

Das anlässlich der jährlichen Sitzung der gemischten französisch-chinesischen Wirtschaftskommission in Beijing am 10.7.1987 unterzeichnete Finanzprotokoll sieht die Bereitstellung eines Kredits der französischen Staatskasse in Höhe von 1 Mrd. Francs vor. Der Zinssatz wurde nicht bekanntgegeben, wird wahrscheinlich aber zwischen 3 und 3,5% liegen. Mit dem Kredit sollen einige bis zum Jahresende abgeschlossenen Projekte finanziert werden. Eine Aufstockung des Kreditbetrags ist möglich, falls größere Lieferbeträge vereinbart werden. Zur Zeit wird mit einer Reihe kleinerer Projekte im Werte von 15 - 20 Mio. Francs gerechnet.

Geplant sind der Bau mehrerer Krankenhäuser, einer Wasserbehandlungsanlage, die Modernisierung einer Untergrundbahnlinie in Beijing und ein Aluminium-Komplex. Die französischen Unternehmen versuchen bei der Vergabe des Bauauftrages für eine Untergrundbahn in Shanghai, sich gegen die japanische und die US-Konkurrenz durchzusetzen. Ferner sind die Firmen an der Errichtung einer

größeren Zahl von Kernkraftwerken interessiert.

Der französische Export in die VR China ging 1986 um 34% zurück. In den ersten sechs Monaten des Jahres 1987 nahmen die französischen Ausfuhren jedoch im Vergleich zum Vorjahreszeitraum zu. Frankreich steht allerdings unter den Lieferländern der VR China lediglich an 12. Stelle.

Eine Belebung des Warenverkehrs wird von der engeren Zusammenarbeit französischer und chinesischer Regionen erhofft. Die Zweigstelle Beijing des Chinesischen Rates für die Entwicklung des Internationalen Handels hatte der französischen Regionalversammlung eine Liste von 358 industriellen Kooperationsprojekten vorgelegt. Rund 30% der Vorschläge entfallen auf den Lebensmittelsektor; weitere Bereiche sind Textil-, Pharma-, Elektronikindustrie und die Energiewirtschaft. In allen Fällen erwarten die Chinesen Ausrüstungen und Spitzentechnologien. Die Vorschläge wurden an 2.000 französische Unternehmen weitergeleitet.

Nach langen Vorarbeiten darf nunmehr mit der Errichtung eines chinesischen Geschäftszentrums im Pariser Vorort Alfortville gerechnet werden. Das Begegnungszentrum für französische und europäische Geschäftsleute mit chinesischen Missionen und Delegationen soll jedoch erst 1989 eingeweiht werden. (NfA, 22.7.1987) -lou-

*(29)

Ausweitung der amerikanischen Exporte nach China

China importiert in diesem Jahr mehr Getreide aus den USA, während zur gleichen Zeit der Export von chinesischen Agrarprodukten reduziert wird. Nach Angaben des US-Landwirtschaftsministeriums dürfte China angesichts gestiegener Binnennachfrage, günstiger Inlandspreise für bestimmte Rohstoffe und einer gewissen Verbesserung des Handelsbilanzdefizits die Ausfuhren verringern. Wahrscheinlich werden beim Export von Mais, Sorghum, Sojabohnen und Baumwolle Kürzungen zu erzielen sein. Die US-Exporte landwirtschaftlicher Erzeugnisse nach China waren 1986 auf ein Neun-Jahrestief gefallen, könnten aber nach Ansicht von Experten von 88 auf rund 230 Mio. US\$ im Fiskaljahr 1987 ansteigen. China begann mit

dem Kauf von amerikanischem Mais Anfang 1987 und erwarb im Frühjahr 1 Mio. t Weizen im Rahmen des amerikanischen Bonus-Exportprogramms.

Der amerikanische Senat stimmte einem Gesetzentwurf zu, wonach das Handelsministerium gebeten wird, die neue Marktorientierung in China zu studieren, und zwar vor dem Hintergrund einer möglichen Veränderung der amerikanischen Antidumping-Gesetze gegen die Volksrepublik. Die Studie soll sich konzentrieren auf das Verhältnis zwischen einheimischen chinesischen Preisen und Weltmarktpreisen; den Spielraum, den die amerikanische Handelsgesetzgebung hat, um mit einer zunehmenden Marktorientierung der chinesischen Wirtschaft fertig zu werden, und die möglichen Veränderungen der amerikanischen Antidumping-Gesetze, insofern sie sich auf China beziehen, das sich im Übergangsstadium zu einer stärker marktorientierten Wirtschaft befindet. Die Vereinigten Staaten behandeln chinesische Importe immer noch nach Kategorien, die auf nicht-marktwirtschaftliche Wirtschaften angewendet werden, wonach die Amerikaner Antidumping-Verfahren gegen China einleiten können. Seit 1979 waren 15 Antidumping-Verfahren gegen die Volksrepublik eingeleitet worden. (HB, 1.7.1987; XNA, 11.7.1987) -lou-

Binnenwirtschaft

*(30)

Hohe Verluste bei den staatlichen Industriebetrieben

Laut Informationen der Abteilung für die Beobachtung der wirtschaftlichen Ergebnisse unter der Zentralen Wirtschaftskommission entstanden bei den staatlichen Industriebetrieben in der ersten Hälfte des Jahres 1987 hohe Verluste. Es hieß, die unter dem staatlichen Budget arbeitenden Betriebe hätten einen Gesamtverlust vom 2,56 Mrd. Yuan erlitten. Der Umfang der Verluste nehme zwar ab, doch verglichen mit der gleichen Periode des Vorjahres sei immer noch ein Anstieg von 23,9% zu verzeichnen. Nach den Informationen gab es 7.050 Unternehmen, die in der ersten Hälfte des Jahres 1987 Geld verloren, das waren